

## Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 7/2326 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 7/1498 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)

### Steuerfinanzierte Fehlanreize durch "eGesundheitskarte" für Migranten abbauen

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zur Änderung des Einzelplans 05 werden wie folgt geändert:

Kapitel/ Titel	FZ	Zweck- bestimmung	Ansatz nach Gesetzent- wurf und Beschluss- empfehlung in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz in Euro
05 02/ 636 72	287	Ausländer-, Asyl- und Aussiedleran- gelegenheiten, In- tegration; Beauf- tragte für Integra- tion, Migration und Flüchtlinge  Erstattungen an Krankenkassen (eGesundheits- karte et cetera)	21.500.000	- 16.500.000	5.000.000

**Begründung:**

Das Thüringer Modell der "eGesundheitskarte" dehnt den Leistungsumfang zu Lasten des Steuerzahlers über die Anforderungen des § 4 Asylbewerberleistungsgesetz drastisch aus und stellt damit einen nicht zu unterschätzenden Fehlanreiz für illegale Migration und den dauerhaften Verbleib von Migranten in Thüringen dar. Im Jahr 2018 gab das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz an, dass die Kosten bei unter 5.000.000 Euro liegen sollten. Durch eine Absenkung auf die ursprünglich geplante Summe werden Fehlanreize, welche durch die Einführung geschaffen wurden, wieder abgebaut. Die Einsparung dient der Reduzierung der Entnahme aus den Rücklagen bei Kapitel 17 16 Titel 359 01

Für die Fraktion:

Kießling